



Leipzig, den 30.11.05

Sehr geehrter,

Ihr Schreiben vom 05.11.05 zur neuen Abfall(wirtschafts)gebührensatzung mit den angefügten Unterschriftslisten haben wir dankend erhalten.

Im Namen des fachlich zuständigen Arbeitskreises der CDU-Fraktion möchte ich nachfolgend die Gründe für die Neufassung der Abfall(wirtschafts)gebührensatzung und die Aktivitäten unserer Fraktion hierzu darstellen.

1. *Zur Erhöhung der insgesamt umzulegenden Abfallwirtschaftskosten*

- Die (durch früher zu hoch kalkulierte Gebühren) angesammelte Rücklage wurde in den letzten 6 Jahren mit durchschnittlich 5 Mio. € pro Jahr zur Stützung der Abfallgebühren eingesetzt. Diese Rücklage ist bis auf 500.000 € abgeschmolzen. Künftig sind also die gesamten Kosten der Abfallwirtschaft auf die Gebührenpflichtigen umzulegen. Aufgrund gesetzlicher Vorschriften muss die Rücklage zuerst aufgebraucht werden, bevor eine Neukalkulation der Gebühren erfolgen kann. Nach ca. 6 Jahren Gebührenstabilität ergibt sich allein aufgrund dieser Rahmenbedingungen ein ausgesprochen hoher Anstieg der umzulegenden Abfallwirtschaftskosten.
- Seit Mitte dieses Jahres fordert der Gesetzgeber die Vorbehandlung von Restabfällen. Dadurch erhöhen sich die Entsorgungskosten um ca. 24 € je Tonne, d.h. ca. 2,8 Mio. € im Jahr.

2. *Zur veränderten Verteilung dieser Kosten/Neues Gebührenmodell*

Bisher hat jeder Bürger und jeder angeschlossene Gewerbetreibende die Biotonne und die Grünschnittverwertung mitfinanziert, auch wenn er diese Leistungen nicht nutzte bzw. nutzen konnte. Dies ist rechtlich nicht statthaft und widerspricht dem Grundsatz der Verursachergerechtigkeit.

Künftig werden mit der Leerungsgebühr nur die mit der Restabfallbehandlung und -sammlung tatsächlich anfallenden Kosten umgelegt. Diese Umlage erfolgt unter Berücksichtigung der durchschnittlich üblichen Gewichte der einzelnen Behältergrößen. Dadurch wird die Ungleichbehandlung zwischen Nutzern verschieden großer Behälter beendet.

Im Rahmen der Verwertungsgebühr werden nur die tatsächlich nutzbaren Angebote verrechnet. Damit werden die Gewerbetreibenden und die Eigenkompostierer von Kosten entlastet, die sie nicht verursacht haben.

Finanziert wird aus der Verwertungsgebühr die Entsorgung von Sperrmüll, Schrott, Druckerzeugnissen, Schadstoffen und des an Wertstoffhöfen gebührenfrei angenommenen Anteils an Gartenabfällen. Weiterhin geht in die Verwertungsgebühr „B“ (Biotonnennutzer) derjenige Teil der Entsorgungskosten für Bioabfall ein, der nicht durch die Biotonnengebühr abgedeckt ist.

3. *Änderungsanträge der CDU-Fraktion zu der am 17.11.05 beschlossenen Satzung*

Die CDU-Fraktion hat sich sehr intensiv mit der Abfall(wirtschafts)gebührensatzung auseinandergesetzt.

Im Ergebnis dieser Diskussion und in Auswertung zahlreicher Hinweise aus der Bürgerschaft hat die Fraktion folgende Anträge eingebracht:

- Auftrag an Stadtverwaltung und Eigenbetrieb Stadtreinigung, mit geeigneten Maßnahmen zur Optimierung der Verwertung und zur Minimierung der Abfallsammlungskosten einem künftigen Kostenanstieg entgegenzusteuern und mittels jährlicher repräsentativer Verwiegung des Restabfalls eine auch künftig verursachergerechte Gebührenkalkulation bei der Leerungsgebühr zu sichern,
- Befreiung von der Gartenabfallgebühr für all diejenigen, die öffentliches Grün aufgrund von Pflegeverträgen bzw. Patenschaften pflegen sowie für diejenigen, die das durch Straßenbäume im öffentlichen Raum anfallende Laub beseitigen,
- kleinteiligere Stückelung der gebührenfrei abzugebenden Menge an Gartenabfall (4 Bons a 0,05 m³),
- Senkung der Gebühr für die Abgabe von Gartenabfall auf 0,50 € pro 0,05 m³.

All diese Anträge wurden seitens der Stadtverwaltung übernommen und somit in der Ratssitzung am 17. November 2005 in die zu beschließende Satzung eingearbeitet.

Durch das Engagement unserer Ortsvorsteher konnte weiterhin erreicht werden, dass in den Monaten Oktober und November Laub kostenlos abgegeben werden kann.

Abschließend will ich festhalten, dass die ungeschickte Informationspolitik der Stadtverwaltung und die viel zu späte Einbeziehung von Ortschaftsräten, Verbänden und Interessenvertretungen eine sachliche Diskussion der neuen Abfall(wirtschafts)gebührensatzung leider sehr erschwert hat.

Dennoch fanden im Vorfeld dieses Ratsbeschlusses zahlreiche Diskussionsveranstaltungen in den Ortsverbänden der Leipziger CDU statt, auf denen Anregungen und Kritiken zur neuen Abfall(wirtschafts)gebührensatzung vorgebracht und beraten werden konnten.

Wir würden uns freuen, wenn Sie künftig u.a. solche Gelegenheiten nutzen würden, um sich in derartige Diskussionsprozesse konstruktiv und sachkundig einzubringen. Nur so haben wir ehrenamtliche Stadträte die Möglichkeit rechtzeitig auf Anregungen und Kritiken einzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Peggy Liebscher
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Vorsitzende Arbeitskreis III
„Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Ordnung“